

„Sicherungsmaßnahmen“ — gegen wen eigentlich?

Hintergrund und Absichten der SED-Kampagne

Am 12. April wurde der sowjetzonalen Ministerrat einberufen, um eine Erklärung des SSD-Staatssekretärs Wollweber entgegenzunehmen. In dieser Sitzung gab der SSD-Chef die angebliche Verhaftung von „521 Agenten westlicher Geheimdienste“ bekannt. Dann forderte Wollweber „Sicherungsmaßnahmen gegen Westberlin“, die vom Ministerrat gebilligt werden mußten, ohne daß einer der beteiligten Minister auch nur annähernd zu erfahren vermochte, um was für „Sicherungsmaßnahmen“ es hier eigentlich ging. Mit der Zustimmung des Ministerrats ging die gleiche verworrene Erklärung an die Volkskammer, die wenige Tage später den Wollweberschen Maßnahmen — ohne sie zu kennen — Gesetzeskraft verlieh.

Seitdem geht eine Versammlungswelle durch die Zone, auf der nun die Bevölkerung ihr unbekannte Schritte der SED sanktionieren soll. Schritte, von denen keiner weiß, wohin sie führen ...

Was aber steckt hinter dieser jüngsten SED-Kampagne?

Da ist einmal die Sache mit den „521 Agenten“. Niemand hat sie gezählt, keiner weiß ihre Namen. Bei den etwa 20 bekanntgegebenen Namen handelt es sich um Zonenbewohner, die teilweise bereits vor anderthalb Jahren (!) vom SSD verhaftet wurden und seitdem verschwunden sind. Andere sind zum großen Teil SED- und Staatsfunktionäre, die man wegen Unfähigkeit aus ihren Ämtern holen mußte und nun — um die gegenwärtige Versorgungsmisere zu verschleiern — als „Saboteure“ vor Gericht stellen wird. Das ganze SSD-Märchen ist offensichtlich in höchster Eile improvisiert.

Angst vor Westberlin

Die tatsächlich beabsichtigten und bis heute verschwiegene SED-Maßnahmen resultieren nicht aus der angeblich erforderlichen Abschirmung der Zone und Ostberlins vor angeblichen „Agenten“, sondern aus der Angst vor Westberlin. Wenn die SED, wie immer wieder angekündigt, mit der Verschär-

fung ihrer gegenwärtigen militanten Politik die Sowjetzone vom Westen isolieren will, stört sie das freie Berlin einfach dabei. Ein paar Beispiele dafür:

1. Obwohl es in der Zone keine Wehrpflicht geben wird, werden die vorgesehenen Jahrgänge auf jeden Fall für die KVP rekrutiert. Jeder vorgesehene Rekrut aber hat die Möglichkeit, nach Westberlin zu gehen.

2. Die Tatsache, daß die freie Stadt Berlin bisher Zuflucht für jeden von der SED verfolgten Sowjetzonenbewohner war, nimmt der SED die Möglichkeit, alle beabsichtigten Druckmittel wie in den volksdemokratischen Staaten in voller Schärfe anzuwenden.

3. Berlin ist das unzerreißbare Kettenglied des Westens zur Sowjetzone. Auch bei weitgreifenden Abschnürungsversuchen der SED wird es sich nicht verhindern lassen, daß Westberlin die Deutschen in Ost und West bis zum Tage der friedlichen Wiedervereinigung zusammenhält.

Die SED-Maßnahmen

Die SED möchte deshalb eine schärfere Abschürmung der Zone von Westberlin erreichen. Sie hatte für den inzwischen eingetretenen Fall der Ratifizierung der Pariser Verträge — die nur den Vorwand dafür

liefern sollen — geplant: Unterbindung des zivilen Reiseverkehrs zwischen Ostzone und Bundesrepublik; offene Aufstellung der Zonen-Armee bis zur Effektivstärke von etwa 350 000 Mann, nicht eingeschlossen die halb-militärischen Verbände; endgültige Zuziehung des von der KVP gebildeten „Ringes um Berlin“.

Demnach müßte Ostberlin, da man eine Stadt nicht konsequent trennen kann, gleichermaßen von der Sowjetzone isoliert werden. Der „Ring um Berlin“ läge ebenso an den Bezirksgrenzen von Weißensee und Zehlendorf.

Die von Wollweber geforderten und von den SED-Körperschaften im voraus sanktionierten SED-Maßnahmen beziehen sich einzig und allein auf die Unterbindung des noch freien Verkehrs nach Westberlin. Die hier beabsichtigten Grenzschikanen treffen nur die Sowjetzonenbevölkerung. Sie hat daher allen Grund, in der laufenden Versammlungswelle auf Klarstellung der von keinem Referenten näher definierten „Sicherungsmaßnahmen“ zu dringen.

Eine von der Zonenbevölkerung mehr als von den Westberlinern gefürchtete Wiederholung der „Blockade“ ist diesmal allerdings nicht zu erwarten. Die SED braucht Westberlin als letzten ihr verbliebenen Umschlagplatz für dringend aus dem Westen benötigte Güter und als — allerdings hoffnungslos — Ausgangspunkt für antiwestliche Propaganda. Sie ist es, für die Westberlin zum Ausgangspunkt kommunistischer Sabotage- und Spionageversuche geworden ist. Nur daß der Westen solche kommunistischen Mätzchen nicht zu fürchten braucht,

Wenn wir klug sind . . .

DT. Es ist kaum anzunehmen, daß es den kommunistischen Machthabern der Zone im Blick auf Österreich sehr wohl zu Mute ist bei der Vorstellung, daß auch für Deutschland einmal die Stunde eines Vertrages kommen wird, der ihm seine Freiheit zurückgibt. Wie immer dieser Vertrag aussehen mag: für sie ist dann die Zeit vorbei.

Es wird die sichere Frucht dieser Stunde sein, daß die Diktatoren dann unter den begehrtesten Augen der Zonenbevölkerung die roten Sessel der Macht wieder verlassen müssen, in die sie fremde Hilfe gegen den Willen des Volkes hineingesetzt hat. Es gibt heute, nach dem österreichischen Ereignis erst recht, keine wichtigere Aufgabe der deutschen Politik, als diese Stunde herbeizuführen.

Handeln oder verhandeln ?

Bis dahin aber werden wir uns in Westberlin noch gegen manche Willkürakte Pankows wehren müssen. Der letzte dieser Akte ist die drastische Belastung des Straßenverkehrs zwischen Berlin und der Bundesrepublik, und neue stehen wahrscheinlich noch bevor. Wir tun gut daran, der kalten Berechnung, mit der die Machthaber der Zone ihre Schikanen planen und durchführen, eine noch größere Kälte eigener Überlegung entgegenzusetzen.

Aber verhandeln? Wir haben bereits vor einigen Wochen, und zwar vor der Erhöhung des Straßenzolls, an dieser Stelle ausgeführt, daß wir mit der auf deutschem Boden rechtlos herrschenden kommunistischen Diktatur keine politischen Probleme zu lösen, sondern allenfalls technische Fragen zu regeln haben.

Wir haben keine Scheu, zu den technischen Mitteln auch den Straßenverkehr zwischen Berlin und der Bundesrepublik zu rechnen, zumal der Bahnverkehr schon längst Gegenstand regelmäßiger technischer Verhandlungen geworden ist. Auf der gleichen Linie liegen auch die Empfehlungen des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen, mit denen sich der Bundestag demnächst noch

beschäftigen wird. Sie halten eine gute Grenze ein zwischen technischen Notwendigkeiten und politisch Unmöglichem — zwischen dem, was erlaubt und was unerlaubt ist.

Auf das Wort kommt es an!

Während auf diese Weise der kalte Krieg in Berlin und überhaupt in und um Deutschland munter weitergeht, wird er in Österreich wahrscheinlich durch einen ersten Friedensakt beendet werden. Wenn das geschieht — und hoffentlich wird es geschehen —, dann ist wenigstens ein Problem aus dem großen ost-westlichen Konflikt „ausgeklammert“. Das Feld der Auseinandersetzung verengt sich und wird mehr auf die europäische Hauptfrage beschränkt — eben auf die Deutschlandfrage, der gegenüber das österreichische Problem federleicht wiegt.

Aber noch ist es nicht so weit. Das nächste, das eigentlich entscheidende Wort haben nun die Westmächte. Bei den Vereinbarungen, die sie mit der Sowjetunion werden schließen müssen, um die von ihr gewünschten Garantien zu formulieren, sollten sie allerdings daran denken, was aus den mangelhaft formulierten Abmachungen geworden ist, die sie vor zehn und mehr Jahren mit Moskau über das Schicksal mancher europäischen Länder getroffen haben.

Im österreichischen Falle ist es deshalb notwendig, jedes einzelne Wort der zu vereinbarenden Garantieverpflichtung mit äußerster Sorgfalt dahin zu prüfen, daß es in der östlichen und der westlichen Sprache wirklich auch die gleiche, gegen jeden Mißbrauch geschützte Bedeutung hat.

Das ist nämlich die Kehrseite aller Verpflichtungen, die ein Land unter Beschränkung seiner Handlungsfreiheit zugunsten fremder Mächte übernimmt: daß sie sehr leicht zu Streit und sogar zur Einmischung führen können. Diese Gefahr besteht vor allem dann, wenn in der Formulierung solcher Verpflichtungen nicht jedes Wort ganz unzweideutig feststeht und von einer wirklich übereinstimmenden Deutung aller beteiligten Mächte gedeckt ist.

Die Liste der Länder, die mit der ost-westlichen Zweideutigkeit des Wortes ihre bitteren Erfahrungen machen mußten, und zwar von der Unterwerfung bis zur totalen Auslöschung durch Moskau, ist bereits sehr lang. Oberstes Ziel der westlichen Politik muß es sein, daß weder Österreich noch Deutschland diese tragische Liste erweitern.

Folgerungen für Deutschland ?

Es wird in Deutschland sehr viel über die Folgerungen gestritten werden, die aus dem österreichischen Vorgang für die deutsche Politik abzuleiten seien. Das wird leider — im Kontrast zu dem Wiener Vergnügen — die Spannung zwischen Regierung und Opposition bei uns weiter verschärfen. Die SPD nämlich gibt mit betonter Befriedigung bereits zu erkennen, daß sie das Moskauer Protokoll als eine Bestätigung ihrer Pläne zur Lösung der Deutschlandfrage betrachtet. Diese Haltung ist indessen nicht folgerichtig.

Ihr Mangel liegt darin, daß die SPD die gemeinsame Politik des Westens und der Bundesrepublik zwar leidenschaftlich bekämpft, aber ebenso leidenschaftlich die Früchte bejubelt, die diese Politik für Österreich trägt. Sie vergleicht Probleme, die nicht vergleichbar sind.

Die ebenfalls sozialdemokratische Wiener „Arbeiterzeitung“ sieht diesen Zusammenhang besser, wenn sie offen bekennt, daß Österreich das, was ihm nach fast zehnjähriger Obstruktion Moskaus plötzlich von Moskau gewährt wird, nur der Politik des Westens zu verdanken hat. Die Lösung der österreichischen Frage wird nicht die einzige Frucht dieser Politik sein. Wenn wir klug sind und mit der Initiative zu einer schöpferischen Diplomatie begabt, dann werden wir morgen auch in der Deutschlandfrage einer Lösung näher kommen. Vieles nämlich ist in Auflockerung begriffen, von Formosa bis nach Europa. In diesem Prozeß einer behutsam zu fördernden Wandlung wird auch die Stunde Deutschlands schlagen — anders als im Sinne des österreichischen „Modells“.

Verhandeln — aber ohne Anerkennung

Vorschlag des Bundestageausschusses

Bonn (Eigenbericht). Die Bundesregierung soll ohne Scheu mit Beauftragten der Sowjetzonen-Regierung und der Saar-Regierung verhandeln, wenn dadurch der Personen-, Post- und Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik und den anderen deutschen Landesteilen verbessert werden kann. Diese Anforderung wird, wenn der Bundestag dem zustimmt, nach einem grundlegenden Beschluß des Ausschusses für gesamtdeutsche Angelegenheiten an die Bundesregierung ergehen. Nur eine einzige Beschränkung habe sich die Regierung dabei aufzuerlegen: nichts, was sie unternimmt, soll als Anerkennung der in anderen deutschen Landesteilen eingerichteten Regierungen oder Verwaltungen ausgelegt werden können. Das Parlament wird darüber in Kürze beraten.

Der Antrag des Gesamtdeutschen Ausschusses bedeutet eine Wendung in dem Verhältnis zwischen der Bundesregierung und Pankow. Jegliche Besprechungen mit Pankow waren bisher abgelehnt worden, um auch nur den Anschein einer Anerkennung der Sowjetzonenregierung zu vermeiden. Selbst die unumgänglichen Verhandlungen über den Interzonenhandel fanden nur über eine Treuhandstelle statt, so daß Bonn der Form nach nicht direkt beteiligt war.

Der Gesamtdeutsche Ausschuß hat zugleich eine Fülle von Ein-

zelanregungen gegeben. Dazu gehört: die 1952 geschlossenen Grenzübergangsstellen zur Sowjetzone sollen wieder geöffnet werden. Die Kontrollen der Interzonen - Reisenden sollen weitgehend entfallen bzw. im fahrenden Zug vorgenommen werden. Den Besuchern aus der Sowjetzone solle mit Bundeshilfe die Bezahlung ihrer Rückfahrkarte ermöglicht werden. Zwischen Berlin und Hannover sollen verbilligte Flüge eingerichtet werden. Für die Deutsche Lufthansa muß das Befliegen der Luftkorridore nach Berlin erwirkt werden.

Aufhebung des Straßenzolls gefordert

Oberkommissare an Puschkin

Bonn (AP/DPA). Die Oberkommissare der drei Westmächte haben in einem neuen Schreiben an den sowjetischen Oberkommissar Puschkin die Aufhebung der erhöhten Straßenbenutzungsgebühren gefordert und gleichzeitig ein Treffen der vier Oberkommissare in Berlin angeregt, um die Frage der Straßengebühren zu erörtern. In den gleichlautenden Schreiben der Oberkommissare wird darauf hingewiesen, daß die sowjetischen Behörden für die unverzügliche Rückgängigmachung der erhöhten Autobahngebühren verantwortlich seien.

In dem Schreiben heißt es

RIAS sendet weiter

Washington (AP). Das USA-Informationsamt plant, seine Tätigkeit in Deutschland einzuschränken und nach der „Neuen Zeitung“ auch sechs Amerikahäuser zu schließen, doch soll der Sender RIAS Berlin in seinem bisherigen Umfang weiterarbeiten.

700 000 mehr Beschäftigte

Nürnberg (AP/DPA). Am 31. März waren im Bundesgebiet 684 676 Arbeitnehmer mehr beschäftigt als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Man führt diese Zunahme auf die in diesem Jahr günstigere Wirtschaftslage zurück.

weiter, die Gebührenerhöhungen seien so übermäßig hoch, daß sie aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu rechtfertigen seien. Die vor dem 1. April aus den Straßengebühren erzielten Einkünfte von 4,3 bis 5 Millionen D-Mark jährlich seien für die Instandhaltung der benutzten Straßen in der Sowjetzone ausreichend.

Die Oberkommissare erinnern daran, daß sich die Sowjetregierung in dem Pariser Abkommen von 1949 für ihre Zone verpflichtet habe, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Inbetriebnahme und die Benutzung des Schienen-, Wasser- und Straßentransports für den Personen- und Güterverkehr zu gewährleisten.

Stärkeres Interesse

Berlin (DPA). Nach der Rückkehr von einer längeren Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten erklärte der Berliner Senatspressechef Dr. Hirschfeld: „Es hat sich nicht nur bestätigt, daß das Interesse der Amerikaner an Berlin groß ist, sondern das Bewußtsein der Verbundenheit der Vereinigten Staaten mit dem Schicksal Berlins als eines Außenpostens der freien Welt ist jetzt in den USA offensichtlich viel stärker und lebendiger als noch vor einigen Jahren.“

Kommission für Fragen der Einheit

Bonn (Eigenmeldung). Die Bundesregierung bereitet gegenwärtig die Bildung einer deutsch-alliierten Kommission vor, die sich mit allen Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands befassen soll.

Die Kommission hat vor allem die Aufgabe, jede Möglichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands ausfindig zu machen und politische Vorschläge in dieser Hinsicht auszuarbeiten.

Die Bundesregierung sieht darin zugleich auch eine Vorbereitung für die Viermächte-

konferenz, die jetzt nicht mehr vor dem Spätsommer oder Herbst erwartet wird. Allerdings will die Regierung davon unabhängig in aller Kürze den Alliierten ein Memorandum vorlegen, das deutsche Vorschläge für die Wiedervereinigung enthält.

Ab 1. Mai Botschaften

Bonn (DPA). Als Vorgriff auf die Herstellung der deutschen Souveränität werden die bisherigen deutschen Missionen in Paris, London und Washington vom 1. Mai an in ordentliche Botschaften umgewandelt.

Echo auf Österreich-Verhandlungen

Schritt zur Entspannung, aber kein Deutschland-Modell

Berlin (Eigenbericht/AP/DPA). Das Ergebnis der Moskauer Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag hat überall ein lebhaftes Echo gefunden. Allgemein wird die Einigung als ein Werk zur Entspannung des Ost-West-Konfliktes gewertet, gleichzeitig betont man aber, die Österreich-Lösung könne nicht als Modell für eine Lösung des Deutschland-Problems angesehen werden.

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums erklärte, der Abschluß eines Vertrages würde auch die Erwartung erhöhen, daß bessere Aussichten für eine Einigung über andere Fragen, darunter die der deutschen Wiedervereinigung, bestehen. Die Westmächte würden jedenfalls ihr Äußerstes tun, um in enger Zusammenarbeit mit der Bundesregierung durch Verhandlungen mit der Sowjetunion eine Lösung zu finden.

Der französische Ministerpräsident Faure begrüßte das sowjetisch-österreichische Übereinkommen als ein gutes Omen für eine Besserung der Ost-West-Beziehungen.

In amerikanischen Regierungskreisen wurde die sowjetische Haltung als „ermutigend“ bezeichnet. Man sucht in Washington nach einer Erklärung für den plötzlichen sowjetischen Umschwung. Als besonders wichtig wird die Abmachung genannt, daß Österreich keine Stützpunkte zulassen und keine Bündnisse eingehen soll.

In Bonn kreisen alle Erörterungen um die Hauptfrage, welche Rückschlüsse sich aus dem Verhalten Moskaus gegenüber Österreich auf die künftige Deutschland-Politik der Sowjetunion ziehen lassen.

Durchweg hält man es für wahrscheinlich, daß Moskau in absehbarer Zeit in der deutschen Frage mit einer ähnlichen Ak-

tion hervortreten wird wie im Fall Österreich. Im Lager der Regierungsparteien warnt man aber davor, etwa den Schluß zu ziehen, daß die Lösung des Österreich-Problems gewissermaßen den Modellfall für die Lösung der deutschen Frage darstelle. So schreibt der CDU-Pressedienst, unzweifelhaft habe Moskau seine Haltung im Falle Österreich nur geändert, weil ihm die Geschlossenheit der westlichen Welt keine andere Wahl ließ, als Zugeständnisse zu machen, wo es zunächst seinen Willen ohne Einschränkung durchsetzen wollte.

Wien (DPA). Nach Berichten von Reisenden, die aus Buda-

pest in Wien eintrafen, hat die Nachricht von dem erfolgreichen Abschluß der österreichisch-sowjetischen Verhandlungen vor allem in den antikommunistischen Kreisen der ungarischen Hauptstadt große Begeisterung ausgelöst. Die hoffnungsvolle Stimmung dieser Kreise gehe darauf zurück, daß nach den Bestimmungen des ungarischen Friedensvertrages die sowjetischen Truppen 90 Tage nach Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich auch Ungarn räumen müssen.

Mehrheit für Verträge

Kopenhagen (DPA/AP). Die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten des dänischen Folketings hat sich für die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und ihren Eintritt in die NATO ausgesprochen.

72000 Flüchteten

Berlin (DPA). 72 000 Lehrer aller Schulgattungen haben seit 1947 die Sowjetzone verlassen und sind in die Bundesrepublik übersiedelt.

Weder neutral noch wehrlos

Frankreichs Deutschland-Konzeption

Paris (Eigenbericht). Schnellste Einberufung einer Viererkonferenz, jedoch ohne Hinzuziehung der Bundesregierung, weder Neutralisierung noch Wehrlosigkeit Deutschlands — das sind die Hauptpunkte der französischen Europa-Politik, wie sie der französische Ministerpräsident Faure in einem Interview mit der amerikanischen Zeitschrift „US News and World Report“ niederlegte.

Der Ministerpräsident forderte, „wegen der Verhandlungen mit Moskau weder die Aufstellung deutscher Verbände

hinauszuzögern noch wegen der Aufstellung deutscher Verbände die Verhandlungen mit Moskau aufzuschieben“. Er setzte sich für sofortige diplomatische Vorbereitungen für eine Viererkonferenz ein und meinte, daß diese Konferenz schon im Juli zusammentreten könnte. Die Reihenfolge, wie Faure sie sieht, ist folgende: Begegnung der Außenminister, Konferenz der Regierungschefs, Zusammenkunft der Staatsberäuer.

Der Ministerpräsident sprach sich dagegen aus, daß Deutschland neutralisiert wird und unbewaffnet bleibt, da „einem souveränen Staat nicht von außen Neutralität aufgezwungen werden“ könne.

Seine Ansicht, daß die Bundesrepublik an einer Viererkonferenz nicht teilnehmen solle, begründete Faure mit dem Hinweis, daß sonst die Sowjetregierung die Beteiligung Pan-kows fordern und ein Streit darüber die Konferenz verzögern, wenn nicht sogar völlig zum Scheitern bringen könnte.

England wählt am 26. Mai

London (AP/DPA). Das britische Volk wird am 26. Mai ein neues Parlament wählen. Premierminister Eden gab in seiner ersten Rundfunksprache als Regierungschef diesen Termin der Unterhauswahl bekannt. Das gegenwärtige Unterhaus soll am 6. Mai aufgelöst werden.

Das gegenwärtige Unterhaus war im Oktober 1951 gewählt worden. Neuwahlen sind nach

der Verfassung erst im Herbst 1956 notwendig, doch hieß es bereits beim Regierungsantritt Edens, daß die Regierung Neuwahlen möglichst bald aus-schreiben werde, um ihre Politik auf dem Votum der Wähler aufbauen zu können.

Politische Beobachter geben den Konservativen zur Zeit die größten Chancen, die Wahlen zu gewinnen.

Beseitigung „religiöser Überbleibsel“ Kirchenfeindliche Stimmen aus Moskau — Planmäßige Aktion

In der Sowjetunion rüstet man zu neuem Kampf gegen die Kirche. In der letzten Nummer der Zeitschrift „Woprossy Filosofii“ („Probleme der Philosophie“) erschienen scharfe Angriffe gegen Religion und Kirchen. Die Zeitschrift beschäftigt sich hauptsächlich mit den politischen Fragen und gilt als eine ideologische Richtschnur für alle die russischen Kommunisten, die sich mit den geistigen und kulturellen Problemen des Bolschewismus befassen.

In einem Leitartikel über die Rolle der bolschewistischen Ideologie im Kampf mit den „Überbleibseln des Kapitalismus“ in der Sowjetunion heißt es, daß „in der letzten Zeit der ideologische Kampf gegen die religiöse Weltanschauung schwächer wurde und die wissenschaftlich-atheistische Propaganda sowie die aufklärerische Arbeit schlecht geführt waren. Manche Partei-Gewerkschafts-Komsomol und andere Organisationen haben falsch und einseitig die von der Verfassung der UdSSR eingeräumte Freiheit des Gewissens und der religiösen Glaubensbekenntnisse als Verzicht auf die wissenschaftlich-atheistische Propaganda aufgefaßt. Das widerspricht aber der Politik der Partei, die auf die Beseitigung der Überbleibsel des Alten, darunter auch der religiösen Überbleibsel mit Hilfe der Ideologie und Aufklärung gerichtet ist“.

Die Moskauer Zeitschrift widmet dann einen ganzen Artikel den Fragen der Kirchen in der nichtkommunistischen Welt und greift dabei sowohl die katholische als auch die protestantische Kirche, die christlichen Parteien und Gewerkschaften an. Dem Heiligen Stuhl wird eine aktive Kriegsvorbereitung vorgeworfen. Die protestantischen Kirchen werden einer zunehmenden Annäherung an den

Katholizismus beschuldigt. Besonders tendenziös wird die Politik der christlich-demokratischen Parteien Westeuropas kommentiert. Auch die christlichen Gewerkschaften und die Anteilnahme der Kirchen an den sozialen Fragen unserer Zeit wird mit Mißausbrüchen verfolgt. Einen breiten Raum nehmen in diesem Zusammenhang Angriffe auf die alte Zentrums-partei und auf die CDU ein. Den westdeutschen protestan-

tischen Kreisen wird vorgeworfen, daß sie zusammen mit den Katholiken an der „Verwirklichung der reaktionären Politik des deutschen Imperialismus“ arbeiten.

Diese kirchenfeindlichen Stimmen scheinen eine neue planmäßige Aktion der kommunistischen Führung der Sowjetunion in die Wege zu leiten. Aus Kiew wird z. B. gemeldet, daß auch dort vor kurzem im Zentralorgan der kommunistischen Partei ein verleumderischer Artikel gegen die Kirchen erschien. Er erinnerte daran, daß die Religion als Ideologie „ihren reaktionären Charakter dadurch nicht verloren hat, daß die orthodoxe Kirche in der UdSSR dem bolschewistischen Regime wohlgesinnt ist“.

Dresdner Bilder verbrannt?

Galerie-Direktor Voss: Transport in Polen überfallen

München (AP). Der Direktor der Dresdner Gemädegalerie in den letzten Kriegsjahren, Professor Hermann Voss, hält es für wahrscheinlich, daß ein erheblicher Teil der von den Russen aus Dresden abtransportierten Kunstschatze nicht mehr existiert. Der 71jährige Kunsthistoriker, der jetzt in München lebt, nahm damit erstmals zu der sowjetischen Ankündigung vom 30. März Stellung, daß 750 Gemälde der Dresdner Galerie, darunter Raffaels „Sixtinische Madonna“, im September an die Sowjetzonen-Regierung zurückgegeben werden sollen.

Das ist etwa die Hälfte der 1945 entführten Bilder, während das Schicksal der anderen Hälfte

von den sowjetischen Behörden bisher mit keinem Wort erwähnt worden ist. Von ihnen befürchtet Prof. Voss, daß sie vernichtet sind.

Für diese Vermutung spreche, daß er von der Kunstkommission bei der französischen Militärregierung im August 1945 auf Umwegen das Gerücht gehört habe, mehrere Waggons mit Gemälden aus der Dresdner Galerie seien in Polen verbrannt, sagte Voss. Polnische Partisanen sollen den sowjetischen Transportzug überfallen haben.

Das Kriegsende erlebte Voss auf der Burg Weenstein, in der sich der Hauptteil der verlagerten Gemälde und das berühmte Kupferstichkabinett befanden. Eine dreiköpfige russische „Trophäen-Kommission“, die aus einem Major, einem Kunstmaler und einem Kommissar bestand, ließ von der Burg die große Mehrzahl der alten Meister und einen Teil der Meister des 19. Jahrhunderts nach Schloß Pillnitz bei Dresden abtransportieren. Von Pillnitz aus erfolgte später der Abtransport in die Sowjetunion.

Heimkehrertransport aus Polen

Kassel (AP/DPA). 15 Heimkehrer aus Polen sind am Donnerstag am Zonengrenzübergang Herleshausen eingetroffen. Es handelte sich bei ihnen um ehemalige deutsche Soldaten und Einwohner aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten.

Flug in die Freiheit

München (AP/DPA). Zwei junge tschechische Studenten

sind mit einem einmotorigen Sportflugzeug nach Bayern geflohen und haben dort um politisches Asyl gebeten. Sie landeten auf einem Sturzacker bei Rohrberg im Landkreis Rottenburg.

Die beiden Studenten waren mit der entwendeten Maschine in der Nacht auf dem tschechischen Flugplatz Kolín mit 120 Liter Treibstoff gestartet.

Erweiterung der Ost-Stahlproduktion

Rußland und Satelliten bauen Stahlbasis aus

Während im gesamten Ostblock eine Krise in der Versorgung der Bevölkerung herrscht und überall die Lebensmittel knapp sind, bemüht sich die kommunistische Wirtschaft nicht etwa um Besserung auf diesem Gebiet, sondern um Erhöhung der Stahlproduktion.

Die Sowjetunion, die 1954 40,86 Mill. t Rohstahl erzeugte, will ihre Stahlproduktion in diesem Jahr auf 44,2 Mill. t erweitern. Die Produktion von Walzwerkerzeugnissen soll von 31,4 auf 34,1 Mill. t gebracht werden. Dazu werden vor allem die Werke östlich des Urals ausgebaut.

Die fünf größten Blechwerke der Sowjetunion sollen in die-

sem Jahr die Erzeugung von schweren Blechen um 80 v.H. auf 5 Mill. t steigern. Die Herstellung von dünnem Flachstahl in der Sowjetunion wird für 1955 auf 5,1 Mill. t geschätzt.

Auch in den anderen Ostblockländern ist ein bedeutender Ausbau der Stahlindustrie im Gang. So wird in Polen für 1955 eine Stahlproduktion von 4,6 Mill. t

Die Stalinallee bis zur Kaserne

Ulbricht verkündet das militärische Bauprogramm

Unter dem Motto „Die Stalinallee bis zum Alex“ berichtete die Ostpresse kürzlich über die von Ulbricht abgehaltene I. Sowjetzonalen Baukonferenz. Darin wird der Anschein erweckt als handele es sich hier um eine Arbeitstagung zur Industrialisierung des Wohnungsbaus. Tatsächlich wurden auch diese Bauvorhaben, ihre mangelhafte Planung und viel zu unrentable Durchführung besprochen. Aber die der Konferenz außerordentlich zahlreich beiwohnenden sowjetischen, polnischen und tschechischen Vertreter interessierten sich nur wenig für Stalinallee und Alexanderplatz: Ihnen ging es um den zweiten, in der Presse zu kurz gekommenen Teil des Ulbricht-Referats, um das militärische Bauprogramm für 1955/56, dessen Finanz- und Materialplan nunmehr endgültig festgelegt worden ist.

Eingangs gab Ulbricht zu, daß im ersten 5-Jahrplan rund 1 Million Quadratmeter Wohnraum weniger geschaffen worden sind, als in dem bereits sehr knapp bemessenen Plan vorgesehen sind. Dafür habe man das „Staatliche Fernsehzentrum“, mehrere Rundfunkgebäude und die Staatsoper „erstellt“. Der zweite 5-Jahrplan werde eine 40prozentige Erhöhung der Investmittel für Bauvorhaben bringen. Allerdings seien darin die Mittel für Atomforschung und den Aufbau einer Flugzeug-

industrie enthalten. Später dehnte Ulbricht diese Definition auf „verschiedene der Landesverteidigung dienende Bauten“ aus.

Die tatsächliche Situation wird in den Ostkommentaren wohlweislich verschwiegen. Ab 1956 kommt das Wohnungsbauprogramm praktisch zum Erliegen. Ein fast alle verfügbaren zivilen Mittel verschlingendes „Ländliches Bauprogramm“ sieht die Errichtung von über 300 größeren MTS-Stationen, den Ausbau der Produktionsgenossenschaften und die Errichtung von Wohnraum für die im Rahmen der Aktion „Arbeiter aufs Land“ übersiedelten SED- und FDJ-Mitglieder vor.

Daneben wird bereits im kommenden Oktober mit dem Ausbau des alten KVP-Projektes einer Ostseebefestigung begonnen. Mehr als 30 Kasernen sind allein in den Bezirken Neubrandenburg, Potsdam und Rostock vorgesehen.

Die sowjetzonale Atomforschung erhält eines der größten Forschungszentren im sächsisch-thüringischen Gebiet, wo sowjetzonale Wissenschaftler unter sowjetisch-polnisch-tschechischer Anleitung wirken werden. Eine Luftwaffenindustrie, die im Lizenzbau von insgesamt vier sowjetischen Flugzeugwerken Maschinen in fast vollständiger Fertigung produzieren soll, sieht der Plan in drei abgeschlossenen Baujahren vor.

gegenüber 3,9 Mill. t 1954 angestrebt.

In der Tschechoslowakei haben kürzlich die Gottwaldwerke in Kunjice mit einer Kapazität von einer Mill. t Rohstahl den Betrieb aufgenommen. In der Nähe von Kosice (Kaschan)/Slowakei wird zur Zeit ein Werk mit einer Leistungsfähigkeit von ebenfalls einer Mill. t errichtet.

Die Sowjetzone, die 1954 das für 1955 gesetzte Planziel von 2,4 Mill. t Rohstahl erreicht haben dürfte, baut zur Zeit ihre Walzkapazität, vor allem in den Brandenburgischen Stahlwerken und im Eisenhütten-Kombinat Ost bei Fürstenberg aus.

In Ungarn, wo nach dem Krieg die Borsodnadasd-Stahlwerke bedeutend erweitert wurden, wird jetzt der Ausbau des Werks Diosgyer und des Dunapentel-Stahlwerks vorangetrieben. Das letztere wird nach seinem Endausbau mehr Stahl erzeugen als alle anderen Stahlwerke Ungarns zusammen.

Der rumänische Fünfjahresplan sieht die Errichtung von fünf neuen Hochöfen, die Aufstellung von fünf SM-Öfen und die Anlage von vier vollkommen neuen Walzanlagen bis 1955 vor. Man schätzt, daß Rumänien bis 1960 jährlich 2 Mill. t Rohstahl erzeugen wird. Die gesamte Stahlproduktion des Ostblocks belief sich 1954 auf 55 Mill. t, wovon (alles in Mill. t) 40,86 auf die Sowjetunion, 4,6 auf die Tschechoslowakei, 3,9 auf Polen, 2,4 auf die deutsche Sowjetzone, 2,2 auf Ungarn und der Rest auf übrige Länder entfallen.

„Verschwörung“ in Ungarn

Budapest (DPA). In Ungarn ist nach einer Budapestener Rundfunkmeldung eine Agentengruppe aufgedeckt worden, die „auf den Sturz des kommunistischen Regimes und die Wiederherstellung des Kapitalismus in Ungarn“ hingearbeitet habe. Von den elf Mitgliedern der Gruppe seien fünf bereits hingerichtet worden. Die sechs übrigen seien zu Gefängnisstrafen zwischen neun und vierzehn Jahren verurteilt worden.

24 Heimkehrer

Hof (AP/DPA). Ein Transport mit 20 Männern und vier Frauen aus der Tschechoslowakei ist in Hof eingetroffen. Die Heimkehrer wurden seit Kriegsende in der CSR gefangengehalten.

Linse-Entführer gefaßt

Berlin (Eigenmeldung). Einer der Mitschuldigen an der Verschleppung Dr. Walter Linses, der 27jährige Siegfried Benter aus dem Ostsektor, konnte jetzt von der Westberliner Kriminalpolizei gefaßt werden.

Benter gab zu, an den Vorbereitungen zur Entführung Dr. Linses beteiligt gewesen zu sein. Im Auftrage des berichtigten SSD-Agenten Paul hat Benter damals in Westberlin einen Pkw. für 6000 DM gekauft, mit dem Dr. Linse später entführt wurde. Er kundschaftete auch die Lebensgewohnheiten Dr. Linses aus.

Der Hauptbeteiligte an der Entführung Dr. Linses, der 22jährige Kurt Knobloch aus dem Ostsektor, konnte bereits im März 1953 festgenommen werden.

Die erste internationale Schule

NATO denkt auch an die Kinder

Paris (Eigenbericht). Eine der besonderen Schwierigkeiten beim Aufbau des NATO-Hauptquartiers südlich von Paris war die Frage, wie man die Kinder der im Hauptquartier beschäftigten Vertreter aller Länder gemeinsam unterrichten sollte.

Da fand sich ein französischer Gymnasiallehrer, Monsieur Tallard, der sich schon viel den Kopf mit den Problemen des Zusammenlebens verschiedenartiger und -sprachiger Menschen zerbrochen hatte. Er schlug die Errichtung einer ganz neuartigen internationalen Schule vor.

Heute, nach vier Jahren, ist die Schule der größte moralische Erfolg des NATO-Oberkommandos. Man darf nicht übersehen, daß die NATO anderes sein will als ein Nebeneinander von Soldaten und Waffen; sie empfindet sich als ein Zentrum westlicher Kulturgemeinschaft, für die das Militärische nur ein nicht zu vermeidendes Mittel ist. Was die NATO als Schmelztiegel westlicher Kulturgemeinschaft anstrebt, das findet in dieser Schule ein erstes Beispiel.

Aus den 20 Kindern sind fast 600 geworden. Die Schule wird

Serum gegen Kinderlähmung

Erfolgreiche Impfung — US-Behörden gaben es frei

Ann Arbor, USA (AP). Der erste Großversuch mit einem von einem amerikanischen Wissenschaftler entwickelten Serum gegen Kinderlähmung hat bewiesen, daß es jetzt möglich ist, Kinder mit Erfolg vorbeugend gegen die Kinderlähmung (Poliomyelitis) zu impfen. Das von dem amerikanischen Wissenschaftler Dr. Salk entwickelte Salksche Serum ist vom Nationalen Gesundheitsinstitut der USA zur allgemeinen Anwendung freigegeben worden.

Die vorhandenen Bestände an Impfstoff würden für die Impfung von 30 Millionen Kindern in diesem Frühjahr ausreichen. Die Mittel für die Forschung nach dem Serum wurden aus der amerikanischen „Pfennigparade“ aufgebracht.

Die Ergebnisse des ersten Großversuches mit dem Impfstoff wurden auf einer wissenschaftlichen Tagung der Universität von Michigan bekanntgegeben. Nach dem Unter-

suchungs- und Kontrollbericht einer unabhängigen Ärztekommision war der Versuch, bei dem 440 000 Kinder geimpft wurden, 210 000 eine Scheinimpfung erhielten und über eine Million Kinder nur beobachtet wurden, „äußerst erfolgreich“. Das Serum hat sich in 80 bis 90 Prozent aller Fälle als wirkungsvoll bei der Abwehr der Bulbär-Poliomyelitis, dem gefährlichsten Typ der Kinderlähmung, erwiesen.

Das Serum hat sich nach dem Untersuchungsbericht als äußerst gut verträglich erwiesen. Nur bei 0,4 Prozent der Geimpften traten kleinere Nebenwirkungen auf. Die Dauer der Immunität der geimpften Kinder wird als günstig angesehen; nach fünf Monaten hatte die Immunität nur um einen kleinen Prozentsatz nachgelassen.

In der Bundesrepublik werden gegenwärtig ebenfalls Impfungen gegen die Kinderlähmung mit einem von den Behring-Werken in Marburg entwickelten Impfstoff vorgenommen. Auch das Serum der Behring-Werke beruht in allen wesentlichen Grundzügen auf den Arbeiten Dr. Salks, doch haben die Behring-Werke auf Grund ihrer eigenen Forschungsergebnisse dem Serum noch eine Substanz beigegeben, die die immunisierende Wirkung noch verstärken soll.

Präsident Eisenhower hat beschlossen, allen Ländern der Erde, einschließlich der Sowjetunion und den kommunistischen Staaten, die neuesten Informationen über den neuen amerikanischen Impfstoff gegen die Kinderlähmung zur Verfügung zu stellen. Der Bericht über die Ergebnisse der ersten Massenimpfung gegen die Kinderlähmung in den USA soll allen amerikanischen diplomatischen Missionen und der Weltgesundheitsorganisation zur Verfügung gestellt werden.

nicht nur von den Kindern der Offiziere besucht, sie ist ein mächtiger Anziehungspunkt ebenso für die Familien von Diplomaten, Journalisten und internationalen Funktionären.

Der Allgemeinunterricht ist Französisch, doch lernt jedes Kind sechs Stunden wöchentlich in seiner Muttersprache Grammatik, dazu Erdkunde und Geschichte seines Landes.

„Kulturaustausch“

Bonn (DPA). Den ungehinderten Austausch von Zeitschriften und Zeitungen der Sowjetzone mit Blättern der Bundesrepublik hat Sowjetzonen-Kulturminister Becher westdeutschen Redaktionen und Verlagen in gleichlautenden Schreiben angeboten. Ein ähnlicher Vorschlag wurde auch österreichischen Zeitungen gemacht.

Das Bulletin der Bundesregierung meinte zu dem von Becher gewünschten „Kulturaustausch“, darüber könne erst gesprochen werden, wenn der Kulturminister dafür Sorge, daß Zeitungen des Bundesgebietes auf die Postzeitungsliste der Sowjetzone gesetzt werden und niemand, der sie liest, vom Staatssicherheitsdienst verfolgt wird.

Becher behauptet, die Schreiben seien gar nicht von ihm, sondern Fälschungen.

Die Welt im Reisefieber

Größte Saison erwartet — Deutsche an der Spitze

Die größte bisherige Reisesaison ist nach Ansicht von Fachleuten der Touristik in diesem Sommer zu erwarten. Gleich einer Völkerwanderung werden die Touristen kreuz und quer durch Europa ziehen, an ihrer Spitze die Deutschen, die bereits nach den Statistiken der vergangenen Jahre als das „reiseligste Volk Europas“ zu gelten haben.

Schon im Jahre 1953 gingen 3,1 Millionen deutsche Touristen über die Grenzen, während von den als klassischen Globetrottern abgestempelten Briten nur

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 53 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzutellen.

zwei Millionen die Insel verließen. Innerhalb der Bundesrepublik aber wurden allein durch Reisebüros im Jahre 1954 über sechs Millionen Menschen in die Ferien geschickt; das bedeutet eine Steigerung von zwanzig Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die kühnsten und weitestgehenden Reisepläne schmiedeten amerikanische Touristen. Vor ihrer Reiselust ist kein Flecken der Erde mehr sicher. Bis nach Hinterindien und Nepal führen organisierte Fahrten amerikanischer Touristenbüros. Internationale Schiffsagenturen kündigen bereits den Besuch von über einer Million amerikanischen Touristen in Europa an. Eine halbe Million Fluggäste wird mit den Stratoclippern über den Atlantik reisen. Zahlreiche Fluggesellschaften wollen während der Sommermonate die Zahl der Atlantiküberquerungen um vierzehn Prozent erweitern. Auch die Lufthansa wird sich ab 1. Juni an dieser Luftbrücke beteiligen. Einen besonderen geschäftlichen Erfolg verspre-

chen sich amerikanische Fluggesellschaften von der Parole „Fliege jetzt, zahle später“. Die Möglichkeit der Abzahlung einer Flugreise in Raten, so versichern die zuständigen Organisationen, habe sehr viele neue Fluggäste gewonnen.

Eine besondere Attraktion verspricht die französische Luftfahrtgesellschaft ihren amerikanischen Fluggästen. Sie organisierte eine Europatournee auf Motorrollern. Die Teilnehmer fliegen von New York nach Turin, erhalten dort Motor-

roller, mit denen die Reisegruppe Italien, Frankreich, die Schweiz und Österreich besuchen wird. Als Luftfracht können die Touristen ihren Motorroller dann in die Staaten mitnehmen. Kostenpunkt: 1425 Dollar.

Die wirtschaftliche Bedeutung des amerikanischen „Touristenexports“ zeigen folgende Zahlen: Im Jahre 1954 haben US-Touristen für Reisen nach und Aufenthalt in fremden Ländern rund 1,4 Milliarden Dollar ausgegeben. Mehr als vierhundert Millionen Dollar blieben in Europa, rund achtundfünfzig Millionen Dollar in Großbritannien.

Innerhalb Europas erfolgt praktisch ein Touristenaustausch, der, wie aus den Angaben des Europäischen Wirtschaftsrates für das Jahr 1953 hervorgeht, einem Warenumschlag im Werte von sechs Milliarden DM entspricht.

Appell an die Staatsmänner

Osteransprache des Papstes

Papst Pius XII. hat in seiner traditionellen Osteransprache die Staatsmänner in der ganzen Welt aufgerufen, in ehrlicher Bereitschaft zu bleibender Verständigung Verträge zu schließen, die den Frieden sichern, eine schrittweise Abrüstung einzuleiten und so der Menschheit das Zerstörungswerk eines neuen Krieges zu ersparen.

Gleichzeitig schloß der Papst in seinen Segen alle diejenigen ein, die die Atomenergie zu friedlichen Zwecken verwenden.

Adenauer-Biographie

Die erste autorisierte Adenauer-Biographie erscheint noch in diesem Jahre im Kindler Verlag, München. Der Verfasser Paul Weymar hat dreißig Personen ausgewählt, die Konrad Adenauer in den verschiedenen Abschnitten seines langen

Lebens besonders nahestanden.

Auch die Aufzeichnungen von Adenauers Mitarbeitern und die Gespräche des Kanzlers mit Eisenhower, Churchill, Mendès-France und ihren zum Teil dramatischen Dialogen standen ihm zur Verfügung. Das Buch wird in sämtliche Weltsprachen übersetzt.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonntags Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.